

SYSTEMRELEVANT 113

Wie umfangreich, wie ausgewogen, wie zielgenau sind die neuen Hilfen der Bundesregierung gegen hohe Energiepreise und Inflation? Sebastian Dullien gibt Antworten in unserem Podcast.

Marco Herack:

Heute ist Montag, der 5. September 2022. Willkommen zur 113. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung. Schön, dass du wieder da bist – etwas unerwartet, Sebastian. Das heißt, wir haben hier uns kurz entschlossen zusammengefunden, weil es gibt jetzt ein, ja, wie nennt man es denn, Entlastungspaket oder hat das schon einen Namen?

Sebastian Dullien:

Es heißt jetzt Entlastungspaket 3.

Marco Herack:

3? Okay.

Sebastian Dullien:

Ja. Es gab das erste, Entlastungspaket 1, das war, ich glaube, am 24. Februar verabschiedet im Kabinett, das Entlastungspaket 2, das ist genau einen Monat später verabschiedet worden. Das ist dann alles zusammen durch den Gesetzgebungsprozess im Sommer gelaufen. Und jetzt ist dann alles zusammen also verabschiedet worden, auch zum Teil im gleichen Gesetz. Und jetzt kommt eben das Entlastungspaket 3.

Marco Herack:

Ob du dich entlastet fühlst oder belastet, da werden wir gleich drüber reden. Vorweg jedoch der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über eben jenes Entlastungspaket 3 unterhalten, das gestern frisch eingetrudelt ist. Und, ja, Sebastian, ich fange mal bei dem an, was dich in den letzten Monaten, glaube ich, am meisten umgetrieben hat: der Gasdeckel. Und da wäre die Frage, ist der denn jetzt gekommen, der von dir propagierte Gasdeckel?

Sebastian Dullien:

Die kurze Antwort: Nein, der ist nicht gekommen. Aber es steht was dazu da drin. Den darf man natürlich jetzt nicht Gaspreisdeckel nennen, weil das ist natürlich ... man muss da in Zeiten der politischen Correctness aufpassen, dass man nicht

Leuten wehtut mit den Worten, die man da sagt. Darum steht auch Übergewinnsteuer nicht in dem Papier drin. Und Gaspreisdeckel ist ja eben auch so ein Wort, was möglicherweise die eine Partei oder eine andere Partei, aber ich vermute, es ist relativ klar, welche Partei innerhalb der Ampelkoalition so ein bisschen verschreckt, und darum heißt es jetzt anders. Ich blättere jetzt hier einmal um, darum hört man das, glaube ich, auch im Mikro. Da ist hinten eine Klausel dazu. Und zwar, hier, da steht unter weitere Preisdämpfung steht da drin „In Europa werden aktuell verschiedene Preisdämpfungsmodelle für den Wärmemarkt etabliert oder diskutiert. Auch in Deutschland gibt es die Diskussion etwa zu einem Grundkontingent im Wärmebereich.“ Also der Gaspreisdeckel für den Grundbedarf heißt in diesem Papier jetzt Grundkontingent im Wärmebereich. Und dann geht es da weiter „Es wird daher eine Expertenkommission mit Vertreterinnen und Vertretern unter anderem aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbraucherschutz eingesetzt, die zeitnah klären soll, ob und wenn ja, ein solches Modell in Deutschland oder Europa realisierbar ist.“ So. Also es ist nicht da drin in dem Entlastungspaket 3. Wir können auch gleich darüber reden, warum ich das problematisch finde, dass es da noch nicht drin ist. Aber es ist eben auch noch nicht ganz draußen. Jetzt ist die Frage, ob diese Kommission dafür gedacht ist, der Idee ein Begräbnis zweiter Klasse quasi so zu geben oder ob die Kommission wirklich einberufen wird, um so einen Vorschlag umzusetzen.

Marco Herack:

Ja, sie haben ja auch noch ein bisschen drauf rekurriert, dass man ja auch auf EU-Ebene diverse Dinge anstrebt, was aber auch jetzt nicht bedeutet, dass da morgen was bei rauskommt, selbst wenn man da was finden sollte, was dann alle gemeinsam entschließen und umsetzen müssten. Wollte jetzt noch einen kleinen Scherz auf die Cancel Culture machen, die du hier so angesprochen hast. Aber jetzt bist du so schnell davongeritten. Den kann ich jetzt gar nicht mehr unterbringen. Aber es gibt eine andere Art von Bremse: beim Strom. Also so ganz umsonst war es ja doch nicht, was ihr euch da ausgedacht habt – ihr, namentlich:

Sebastian Dullien:

Isabella Weber und ich. Und ich glaube, du warst der erste, der das dann auch in einem Podcast bei uns verarbeiten durfte. Wir haben dazu ja eine Folge aus dem Februar, als wir mit der Idee erst mal um die Ecke gekommen sind. Also ...

Marco Herack:

Ich habe es quasi mitentwickelt, willst du damit sagen. Sehr gut, weiter.

Sebastian Dullien:

Quasi. Quasi, genau. Du hast es mitkommuniziert und mitentwickelt sozusagen.

Marco Herack:

Ja, aber jetzt geht es dem Strom an den Kragen. Da werden wir jetzt dann gebremst und entlastet.

Sebastian Dullien:

Genau. Das ist auch und das ist echt eine spannende Idee, was die da haben. Wir

haben ja im Strommarkt das Problem, dass dadurch, dass quasi die letzte Kilowattstunde, die gekauft wird und die man braucht, die wird zurzeit mit Gas produziert. Und Gas ist sehr teuer. Das heißt, Strom aus Gas ist auch sehr teuer. Aber wie das so im Markt in so einem Lehrbuchmodell ist, die Kosten von der letzten hergestellten oder teuersten hergestellten Einheit bestimmen dann den Preis für alle Einheiten. Das heißt, jetzt ist der wegen des hohen Gaspreises unter anderem, aber auch aus anderen Gründen ist halt der Strompreis so massiv gestiegen. Und die Anbieter, die sehr günstig Strom produzieren können, also Leute, die abgeschriebene Windanlagen haben oder ein altes Braunkohlekraftwerk, die kriegen jetzt den Preis für den teuren gasproduzierten Strom und das führt dazu, dass der Strompreis insgesamt ganz massiv gestiegen ist. Und dem wollen jetzt die Ampelkoalitionäre an den Kragen. Die sagen, ja, da überlegen wir uns jetzt was, dass wir die, die günstigen Strom herstellen und wo der Preis teuer ist, dann werden die eben besteuert und man nimmt diese Steuererlöse, um dann quasi auch so ein Grundkontingent für Strom anzubieten. Also ein bisschen, wie wir das auch bei der Gaspreisbremse hatten. Nur bei der Gaspreisbremse hatten wir eben nicht diese Finanzierungsseite, weil man das beim Gas nicht so gut machen kann. Da kommen wir halt an die Gewinne der Gasproduzenten nicht dran, weil die im Ausland sitzen. Und beim Strompreis geht das, weil hier viele der Stromproduzenten eben im Inland sind. Und da wird jetzt eben angepeilt, von denen ein Teil der Übergewinne zu nehmen und an die Verbraucherinnen und Verbraucher und Kleinunternehmen wieder auszuschütten, indem man so einen Sockelbetrag bei Strom dann günstiger anbietet.

Marco Herack:

Ich habe jetzt hier mal in diesem „Zeit“-Energiemonitor geguckt. Der Strompreis, wenn man so einen Neukundenvertrag abschließt, der hat sich ja auch mehr als verdoppelt in einem Jahr.

Sebastian Dullien:

Was geben die denn da jetzt an? Was muss man da jetzt zahlen? Weißt du das? Kannst du das mal sagen? Ich habe ...

Marco Herack:

Sie sagen, 54,6 Cent kostet eine neue Kilowattstunde Strom für Neukunden.

Sebastian Dullien:

Ich glaube, das ist ungefähr doppelt so viel, wie wir auch hier zahlen jetzt gerade. Also privat.

Marco Herack:

Ja, das kommt von irgendwo knapp über 20 und jetzt bei 54. Also man sieht, auch da ist zumindest mal eine merkliche Preissteigerung da. Was ist denn da jetzt rein, also weiß man das schon, rein geldtechnisch der große Unterschied zwischen Strom und Gas?

Sebastian Dullien:

Was meinst du mit rein geldtechnisch?

Marco Herack:

So nominal. Also was die Bundesregierung sich da erspart, dass sie nur den Strompreis subventioniert und nicht den Gaspreis.

Sebastian Dullien:

Na ja, also der Punkt ist ja, das ist das Interessante hier dran, der Strompreis wird nicht aus dem Bundeshaushalt subventioniert. Sondern es ist eine reine Umverteilung innerhalb des Strommarktes. Also wir haben ja auch bei der EEG-Umlage, da ist es ja auch so, da hat es ja auch so funktioniert, das ist ja nie über den Bundeshaushalt gelaufen. Sondern da ist halt den Kunden ein paar Cent abgenommen worden pro Kilowattstunde und das ist zu den Herstellern erneuerbarer Energie geflossen, indem man gesagt hat, die kriegen eben mehr dann für ihren Strom oder einen Festpreis, Garantipreis. Und genau so was macht man jetzt im Grunde andersrum; man nimmt von bestimmten Leuten bei der Produktion eben wieder was weg und packt es dann dem Verbraucher, der Verbraucherin zurück. Das hat eben den Vorteil, dass es auch alles völlig schuldenbremsenneutral ist und auch mit dem EU-Beihilferecht kompatibler ist, als wenn man das über den Staatshaushalt laufen lässt.

Marco Herack:

Das hat aber den Nachteil, dass man hauptsächlich den Profiteuren aus dem Bereich erneuerbaren Energien das Geld wegnimmt.

Sebastian Dullien:

Ja und denen aus dem Bereich Braunkohle. Ja, das stimmt schon, klar.

Marco Herack:

Also das heißt, man bestraft quasi die, die alles richtig gemacht haben.

Sebastian Dullien:

Ja, aber die Frage ist natürlich, ob wir jetzt hier wirklich mit Moral kommen sollen oder ob es nicht wirklich darum geht ... man kann das ja jetzt auch abschieben. Man könnte ja sagen, dass die Leute, die eben eine alte abgeschriebene Anlage haben, dass die eben mehr dann abgeben müssen. Weil mal ganz ehrlich, keiner, der sich eine Solaranlage gebaut hat oder ein Windkraftwerk vor 15 Jahren, hat das getan, weil er irgendwie damit gerechnet hat, dass im Jahr 2022 die Großhandelspreise von Strom auf fast 1.000 Euro pro Megawattstunde steigen. Das hat einfach keiner auf dem Schirm gehabt und auch keiner erwartet. Und von daher sind das halt auch bei den erneuerbaren Energien – so sympathisch es auch ist, erneuerbare Energien darein investiert zu haben und aufgebaut zu haben – auch da sind das jetzt Windfall-Profite, die einfach umverteilen von denen, die Strom verbrauchen zu denen, die den Strom herstellen. Und nur weil das jetzt sympathischere Kapitalisten sind, gibt es vielleicht keinen Grund, das unbedingt so zu machen.

Marco Herack:

Gut, ich dachte halt, die würden dann natürlich auch ihr Geld bis zu einem gewissen Punkt auch wieder reinvestieren und quasi ihr Angebot weiter ausbauen, und das ist

ja auch etwas, was wir wollen. Also ich meine mich sogar zu erinnern, dass der Herr Habeck selber seine Gasumlage mal mit diesem Argument gerechtfertigt hat, dass man den Unternehmen ja die Gewinne gönnen möchte. Also da dreht sich ja politisch gerade einiges fünffach im Kreis.

Sebastian Dullien:

Also sagen wir mal so, da sind ja zwei Punkte. Erstens; natürlich will man Unternehmen die Gewinne gönnen und normale Gewinne sind völlig in Ordnung. Nur wir reden ja hier wirklich von zum Teil absurd hohen Gewinnen. Ob wirklich der Bauer, der da ein abgeschriebenes Windrad stehen hat, ich bezeichne das jetzt mal, ob der wirklich, wenn er keine Flächen mehr hat, das Geld, was da rauskommt, in ein neues Windrad oder in einen neuen Windpark woanders investiert oder ob vielleicht der Hausbesitzer, das Geld, was er nicht für Strom zahlt, jetzt für eine neue PV-Anlage ausgeben würde, das, finde ich, ist nicht so klar. Also eigentlich geht man davon aus, und auch die ökonomischen Modelle tun das, dass die Leute in Windkraft investieren oder in erneuerbare Energien investieren werden, wenn sich das für sie lohnt und wenn sie dann durchaus auch einen Zugang zu Krediten bekommen. Und beides ist, ja, Zugang zu Krediten ist eigentlich kein Problem, aber man muss nicht Gewinne aus erneuerbaren Energien haben, um in neue erneuerbare Energien zu investieren.

Marco Herack:

Okay. Aber diese Umverteilung wird ja auch Gewinne da lassen bei den Unternehmen, sondern es wird nur ... ja.

Sebastian Dullien:

Die Planung, das steht natürlich jetzt in den Papieren nicht genau drin, aber die Planungen sind ja schon so, dass die durchaus auch mehr Gewinne haben sollen, als sie erwartet haben, aber vielleicht dann nicht das Zehnfache davon oder so.

Marco Herack:

Wir haben natürlich auch schon mal eine Folge zur Übergewinnsteuer gemacht und wie das aussehen könnte. Also wer da noch Bedarf hat, der kann dann da reinhören. Jetzt ist aber gestern noch viel, viel mehr beschlossen worden. Das war ja jetzt nur so ein Hauptthema, was auch uns hier umgetrieben hat. Was wären denn da aus deiner Sicht wichtige Punkte, die gestern beschlossen werden, weil es war ja doch recht umfangreich?

Sebastian Dullien:

Machen wir gerne. Ich würde gerne noch einmal ganz kurz auf diese Strompreisbremse und möglichen Gaspreisdeckel zurückkommen. Das sind halt schon sehr wichtige Elemente, weil diese Energiepreisbelastungen das sind, was im Moment uns ganz viel Sorgen bereitet, dass die die Privathaushalte so belasten, dass die im Winter ihren Konsum zurückfahren und dann die deutsche Wirtschaft in die Rezession gedrückt wird. Diese beiden Punkte haben aber innerhalb des Papiers schon ein gewisses Problem, nämlich dass sie noch etwas unkonkret sind. Bei der Strompreisbremse ist zumindest erklärt, wie es funktionieren soll, aber da steht nichts davon, wie viel Geld jetzt eigentlich abgeschöpft werden soll. Da steht

nichts davon, wie viel Kilowattstunden der Grundverbrauch ist. Da steht nichts davon, zu welchem Preis der abgegeben wird. Und das sind natürlich alle Parameter, die total wichtig sind, um überhaupt bewerten zu können, ob dieses Paket beim Strom überhaupt eine Wirkung zeigt oder nicht. Und bei dem Gaspreisdeckel ist es ja noch schlimmer, da wird eine Kommission eingesetzt und mehr wird nicht versprochen. Und auch da, da wissen wir jetzt gar nicht, ob da rauskommt, je nachdem wie man die Kommission jetzt aufstellt, wen man da reinsetzt, mag da rauskommen, das ist nicht praktikabel oder es mag rauskommen, wir können das machen und sollten das auch schnell machen. Aber auch da kennen wir die Parameter dann überhaupt nicht und da ist auch gar nicht geklärt, wo das Geld herkommen soll. Das heißt, eigentlich bei zwei der zentralen Dinge, die wir brauchen zur Stabilisierung der Wirtschaft, ja, ich würde jetzt nicht sagen, es ist nicht unbedingt enttäuschend, aber ist das Papier noch so offen, dass wir eigentlich nicht wissen, ob es jetzt wirklich ausreichend in die richtige Richtung geht oder nicht. Aber du wolltest über die anderen Dinge noch reden. Oder willst du da noch mal dann ...

Marco Herack:

Wenn du jetzt schon noch mal so drüber redest, würde ich gern noch mal kurz drauf aufsetzen. Christian Lindner hat ja auch explizit betont, dass diese ganzen Maßnahmen hier im Rahmen des bestehenden Haushaltes stattfinden. Das heißt, es wird kein Nachtragshaushalt benötigt. Meint natürlich auch indirekt, man wird die Schuldenbremse nicht umgehen müssen oder aussetzen müssen oder Sonstiges. Das scheint mir doch so ein, man könnte sagen, ein Ampelkompromiss zu sein.

Sebastian Dullien:

In dem Sinne ist es, glaube ich, bislang auf jeden Fall ein Ampelkompromiss wie natürlich auch die Wortwahl, die wir eben schon angesprochen haben. Also die Koalitionäre haben wohl 32 Milliarden noch gefunden an Haushaltsmitteln, die sie jetzt in diesem Paket anwenden wollen. Und der Rest soll irgendwo anders herkommen. Aber das Gesamtvolumen des Pakets soll angeblich 65 Milliarden sein. Aber ich habe noch kein Finanzierungstableau gesehen und es scheint auch unter Journalistinnen und Journalisten keins zur kursieren. Ich weiß jetzt nicht, ob es auch überhaupt ein detailliertes und gutes davon gibt oder ob das jetzt einfach so mal so gesagt worden ist. Von daher kann man nicht beurteilen, ob dieses Paket am Ende wirklich so groß wird oder ob, das macht man ja auch ganz gerne, Sachen, die schon vorher beschlossen waren oder eigentlich auf die man sich schon geeinigt hatte, ob die dann da munter noch mal reingerechnet werden. Also das tut man ja gerne, wenn man das groß rechnen möchte, was man da für Pakete macht. Und das können wir hier jetzt noch nicht genau beurteilen. Zum Beispiel ist ja auch der Abbau der kalten Progression da drin. Das ist ja was, was, haben wir auch schon hier drüber gesprochen, das hatte Christian Lindner ja vor einiger Zeit vorgeschlagen und da hatte sich auch die Koalition offensichtlich dann schon drauf einigermaßen geeinigt. Und das ist aber natürlich jetzt hier drin und das ist auch Teil dieser 65 Milliarden offensichtlich. Also soweit man das beurteilen kann. Wie gesagt, es gibt ja kein Finanztableau, darum ist das so ein bisschen schwierig, das zu beurteilen.

Marco Herack:

Ich würde noch mal kurz auf unseren Gaspreisdeckel oder wie auch immer man ihn künftig nennen wird. Da ist mir dann halt auch aufgefallen oder ich glaube, das ist auch wirtschaftlich eins der größeren Probleme, wenn man jetzt diesen Arbeitskreis gründet, also wir haben ja jetzt September. Ich glaube nicht, dass die in zwei Wochen fertig sind mit ihren Überlegungen. Das heißt, die sind dann vielleicht irgendwann im Oktober oder November vielleicht sogar fertig. Dann will ja die EU-Kommission irgendwie noch an den Energiemarkt ran. Das kommt dann angeblich auch alles im Oktober und die Maßnahmen Anfang nächsten Jahres. Also da hat man so eine breite Spanne, wo man sagen kann, irgendwann ist der Winter dann auch mal vorbei, ehe man sich auf irgendwas geeinigt hat.

Sebastian Dullien:

Ja, das stimmt natürlich und da muss man deshalb dann ziemlich schnell was machen. Ich glaube, dass eigentlich die Zeit zwischen, wenn man so eine Idee hat, wie dieser Gaspreisdeckel funktioniert und dem, dass man das wirklich jetzt legislativ umsetzt, das muss nicht ewig lang sein. Also wenn man jetzt sagt, wir deckeln den Preis irgendwo und dafür machen wir eine Regel, dass auch die Abschlagszahlungen nicht erhöht werden, da muss nicht alles zu dem Moment, wo man das verabschiedet, völlig, also nicht alle Infrastruktur zum Beispiel, alle Rechnungsstellungssoftware umgestellt sein, sondern man kann einfach sagen, ja, also das kommt und bis dahin werden eben die Abschläge nicht erhöht oder irgendwie so was in die Richtung. Das könnte man ja machen. Also von daher, sobald man dann durch ist, kann so ein Instrument Wirkung zeigen. Nur, du hast völlig recht, wenn man das so gestaltet, dass bis dahin alle Leute schon die Horrorgasrechnung bekommen haben oder alle Leute zumindest im Bekanntenkreis jemanden haben, der eine Horrorgasrechnung bekommen hat und deshalb ihr Geld schön zusammenhalten, dann haben wir die Konsumrezession, bevor so ein Gaspreisdeckel verabschiedet wird. Und das wäre natürlich eigentlich etwas, was man gerne vermeiden möchte.

Marco Herack:

Es gibt jetzt aber noch weitere Maßnahmen hier, die ja auch zusammen ein Paket ergeben. Und vielleicht hast du da ja noch was gefunden, was dir gefällt und auch den Bürger und die Bürgerinnen entlastet.

Sebastian Dullien:

Da sind schon ein paar Sachen drin, die, glaube ich, gut sind und so. Auch das ist was, was wir immer gesagt haben, wo Lücken sind. Also zum Beispiel wir haben ja immer gesagt, es gibt ja so eine Energiepreispauschale, die jetzt im September ausgezahlt wird, 300 Euro für jeden Erwerbstätigen. Das ist dann steuerpflichtig danach. Das heißt, da bleibt mehr übrig bei den Leuten, die wenig verdienen und weniger bei den Leuten, die im Spitzensteuersatz sind. So und da war immer das Problem, dass Rentnerinnen, Rentner ausgenommen sind, ebenso wie Studierende. Da steht jetzt in diesem Papier drin, das ist Punkt zwei und drei des Papiers, dass es solche Zahlungen, eben für die Rentnerinnen und Rentner 300 Euro und für die Studierenden 200 Euro, geben soll. Das ist gut, weil da eine Gerechtigkeitslücke hier geschlossen wird. Bisher ist auch noch nicht im Detail klar, wie das jetzt genau

funktionieren soll mit der Auszahlung, insbesondere bei Studierenden, aber das ist schon mal ganz gut. Dann haben wir eine Ausweitung des Wohngeldanspruchs. Das ist auch gut. Dann steht da drin die Einführung des Bürgergeldes. Das ist ja auch schon etwas, was längere Zeit schon diskutiert worden war, dass man eben diese Hartz-IV-Grundsicherung in so ein Bürgergeld überführen möchte. Und da steht jetzt drin, dass das eben mit 500 Euro einsteigen soll. Und das ist auch ein relativ deutlicher Anstieg gegenüber dem, was wir jetzt haben. Und die Inflation soll künftig eben vorausschauend berücksichtigt werden und nicht mehr rückwirkend. Auch das ist sehr sinnvoll. Ich glaube, das haben wir hier sogar auch schon einmal gefordert und besprochen. Denn diese Menschen in der Grundsicherung heute, die dann das Bürgergeld bekommen, die haben ja üblicherweise keine Ersparnisse.

Und wenn jetzt mal bei denen die Inflation sechs Monate schneller steigt als diese Sätze der Grundsicherung nicht steigen, dann haben die ein ganz, ganz großes Problem, weil sie es eben nicht anderweitig abfangen können. Und da ist das auch gut, dass das da drin ist. Dann wird das Kindergeld erhöht, kann man auch nichts gegen sagen, zumal nach dem, was da steht, nur das Kindergeld erhöht werden soll und nicht der Kinderfreibetrag. Das heißt, da profitieren die Ärmeren mit mittlerem Einkommen, die profitieren mehr davon. Also das sind alles so Sachen, die gut sind und die auch sinnvoll sind und die auch durchaus einen spürbaren Effekt haben könnten.

Marco Herack:

Aber es ist kein großer Wurf. Also Kindergeld sind 18 Euro mehr, glaube ich, pro Kind ...

Sebastian Dullien:

Ja genau.

Marco Herack:

... wenn ich das gestern richtig verstanden habe. Also beim Bürgergeld, also ich würde gern bei Hartz IV bleiben, das versteht jeder. Da gehen wir jetzt von 449 auf dann irgendwas um 500, so wurde es, glaube ich, formuliert, hoch. Das sind dann 50 Euro mehr, was natürlich sehr viel Geld ist. Aber da wissen wir auch, dass schon sehr viel von der Inflation gerade dort aufgefressen wurde.

Sebastian Dullien:

Ja, das stimmt. Wobei du auch fairerweise sagen musst, dass die Menschen, die Hartz IV bekommen, dass die im Moment nicht ganz so betroffen sind wie die Menschen, die knapp da drüber liegen. Das hat den Grund, dass wenn du Hartz IV beziehst, du die Kosten der Unterkunft einschließlich deiner Heizkosten übernommen kriegst. Ja, das heißt, der Gaspreisanstieg, der da kommt, der haut bei dir nicht so rein dann. Bei den Leuten, die jetzt ein Einkommen knapp da drüber haben und kein Wohngeld mehr bekommen, bei denen schlägt das voll zu. Also von daher, ich finde, diese 50 Euro, du hast völlig, wir können auch noch mal drüber reden, ob Hartz IV zu niedrig ist, aber das ist gar nicht so schlecht für den Bereich.

Marco Herack:

Ja gut, ich habe halt an die gestiegenen Lebensmittelpreise gedacht, die ja gerade dort dann auch immer sofort durchgereicht werden ...

Sebastian Dullien:

Ja. Ja, ja, das stimmt.

Marco Herack:

... also auch sich niederschlagen. Dann war so eine Geschichte, die, glaube ich, auch für uns hier sehr interessant ist, die du jetzt noch nicht genannt hast, Sebastian, das sind diese Midijobs. Vielleicht kannst du mir mal kurz erklären, was ein Midijob ist.

Sebastian Dullien:

Na ja, wir haben ja Minijobs. Da zahlt der Arbeitnehmer keine Sozialabgaben und ist auch nicht sozialversichert. Das heißt, wenn man einen Minijob verliert, hat man keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Man ist nicht krankenversichert mit einem Minijob und man hat jetzt zum Beispiel auch keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld gehabt. Und wenn man über der Grenze ist, also knapp mehr verdient als dieser Minijob, dann ist man in einem Midijob, wo nicht sofort der volle Beitrag zur Sozialversicherung fällig wird, sondern das nur so langsam so eingefacet wird sozusagen. Und das haben sie ein Stück jetzt erhöht. Das heißt, die Obergrenze davon soll auf 2.000 Euro angehoben werden. Und das ist schon ein ganzes Stück, weil da relativ viele Menschen dann doch drin sind in diesem Bereich bis auf 2.000 Euro brutto, und je nachdem wo sie da sind, zahlen sie dann doch deutlich weniger Sozialabgaben. Und das Interessante ist halt, dass man an der Stelle schon voll sozialversichert ist, aber man zahlt eben nicht die vollen Abgaben. Was da jetzt nicht geklärt ist, ist, wie diese Lücke ausgeglichen wird, ob das einfach in den Sozialversicherungen gelassen wird, das heißt, ob man dann die Beiträge irgendwie für die anderen erhöhen muss oder ob der Staat, ob der Bund das ausgleicht. Darüber wissen wir jetzt noch nichts.

Marco Herack:

Wissen wir denn, ob die Beiträge dann voll für die Rente gelten? Weil das war eine Kritik, die ich gestern gelesen habe.

Sebastian Dullien:

Also soweit ich das sehe, ist eigentlich, wenn man in dem Midijob-Bereich versichert ist, dann hat man volle Rentenansprüche da drauf. Ich bin mir nicht sicher, ob du darüber was gelesen hast oder ob, was du gelesen hast, jetzt um diese Frage diese Sonderprämie ging, die ja auch noch genannt wird.

Marco Herack:

Welche Sonderprämie?

Sebastian Dullien:

Unter zehntens in dem ..., wenn du noch eine Seite weiterblättest in dem Dokument, ja, da steht „Konstatierte Aktionen und Unterstützung der Tarifpolitik“.

Und da geht es da drum, dass im Rahmen von den Verhandlungen, die ja jetzt anstehen, oder den Gesprächen, es sind ja keine Verhandlungen, weil man sich dazu nichts wirklich committen möchte auf den verschiedenen Seiten zwischen Tarifparteien und Bundesregierung, hat die Bundesregierung jetzt gesagt, dass sie bereit ist, zusätzliche Zahlungen der Unternehmen an ihre Beschäftigten mit einem Betrag von bis zu 3.000 Euro von der Steuer und den Sozialversicherungsabgaben zu befreien. Und an der Stelle habe ich jetzt gelesen, dass da ganz groß diskutiert wird, ob dieser Beitrag dann auch Rentenansprüche erwirbt oder nicht.

Marco Herack:

Ich habe das zu den Midijobs gelesen, ja.

Sebastian Dullien:

Okay. Gut.

Marco Herack:

Das ist ja auch eine interessante Frage, wobei man bei so einer Einmalzahlung sagen kann, okay, das nimmt man dann halt hin, dass es so ist. Oder ist das so entscheidend für die Rente?

Sebastian Dullien:

Das ist so ein bisschen die Frage. Wir haben das heute auch intern diskutiert und uns ist noch nicht ganz klar, was genau die Folgen daraus sind. Weil zum einen bedeutet es wahrscheinlich, wenn du es nicht mitzählst, dass die Lohnsumme weniger stark steigt, das heißt, dass die Renten dann nächstes Jahr weniger stark steigen werden. Und wie das dann genau ist, ob das die Rentenansprüche mindert, das war uns jetzt auch an der Stelle nicht ganz klar.

Marco Herack:

Viele Sachen müssen noch ein bisschen verklärt werden, aber wahrscheinlich sind die tatsächlich schlichtweg noch in der Verhandlung. Das haben die noch nicht fertig verhandelt, das Zeugs.

Sebastian Dullien:

Na ja, vielleicht schon fertig verhandelt und geben es dann jetzt an das Fachministerium zum Ausformulieren, wo es dann eben ...

Marco Herack:

Je nachdem, wer da sitzt.

Sebastian Dullien:

... genau, wie es dann ... sitzt. genau.

Marco Herack:

Und das war jetzt so ein bisschen die Bürgerseite. Gibt es denn auch was für die Unternehmen? Wird denen auch etwas geholfen? Weiß nicht, mit Milliardenprogrammen oder Ähnlichem?

Sebastian Dullien:

Da steht alles Mögliche dann drin unter Unternehmenshilfen. Das ist ja auch etwas mehr als eine Seite, aber auch da ist es relativ unklar, zumindest aus meiner Sicht, welche Volumina da angesetzt sind. Also da steht drin, dass die Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen unterstützt werden sollen. Was heißt denn das jetzt? Und dann steht „so kann die deutsche Wirtschaft unabhängig von russischen Gaslieferungen werden“. Aber das heißt jetzt ... also wir wissen nicht, mit welchem Instrument, wir wissen nicht, mit welchem Umfang. Also das ist tatsächlich sehr unklar.

Marco Herack:

Und gleichzeitig hat man aber auch sehr viel Verlängerung drin, zum Beispiel wurde jetzt für die Restaurantbetriebe die Absenkung der Umsatzsteuer wieder verlängert. Da kann man dann sagen, na ja, okay, das heißt, das ist schon gut, weil das dann wieder weniger ist, aber eigentlich war es jetzt schon wiederum so und es wird jetzt halt einfach nur weitergeführt. Da kriegt aber auch irgendwie keiner Geld in die Hand und kann damit arbeiten.

Sebastian Dullien:

Das vielleicht nicht gerade, aber man muss ja die Historie sich da angucken. Und diese Umsatzsteuersenkung war dafür da, dass in der Corona-Zeit die Gaststätten ein bisschen entlastet worden sind. Ich denke, es hat praktisch kein Restaurant, keine Kneipe die Preise gesenkt in der Corona-Zeit, zumindest habe ich das in meinem Umfeld nicht wahrgenommen. Das heißt, das ist einfach da voll in die Marge gegangen. Und jetzt, wo die Cafés und Restaurants wieder voll sind, ist dann einfach die Marge größer. Und das wird ein bisschen aufgeessen von den höheren Energiepreisen oder vielleicht den Nahrungsmittelpreisen oder vielleicht wird es auch ganz aufgeessen, aber es hat auch ja Preissteigerungen in der Gastronomie gegeben. Das heißt, eigentlich möglich hat das ein oder andere Unternehmen das auch schon gemacht mit der Idee, dass da die Steuer steigen könnte. Und wenn die Steuer jetzt nicht steigt, dann haben die doch ein bisschen mehr Puffer für den Umgang mit den Energie- und Nahrungsmittelpreisen. Und vielleicht bedeutet das auch, dass es dann weniger Erhöhung zur Jahreswende gibt. Das kann ja durchaus sein. Das wird dann die Inflationsrate ein bisschen dämpfen.

Marco Herack:

Dafür müsstest du natürlich dann als Bürger auch mehr Geld in der Tasche haben oder noch überhaupt Geld in der Tasche haben – „mehr“ war falsch. Also weniger von dem Weniger, weißt du, so meinte ich es eigentlich.

Sebastian Dullien:

Ja. Ja, ja. Ja, ja genau, also es dürfte nicht so viel Kaufkraft abgezogen werden durch deine Energie, genau ...

Marco Herack:

Genau. Ja.

Sebastian Dullien:

... sonst machst du das nicht mehr.

Marco Herack:

Weil das ist ja das Erste, wo man eigentlich spart; dann geht man halt weniger weg und isst mehr daheim oder isst vielleicht auch generell weniger. Soll es ja auch geben.

Sebastian Dullien:

Also wir haben gerade eine Umfrage gemacht, die jetzt auch in den nächsten Tagen ausgewertet, veröffentlicht wird. Und da fragen wir genau die Leute, was sie jetzt machen, wie sie reagieren auf die gestiegenen Energiepreise. Und da gibt es schon ziemlich viele, die sagen, dass sie weniger in Gaststätten und Restaurants gehen wollen. Und interessanterweise, wir haben diese Umfrage zwei Mal gemacht, wir reden da demnächst noch mal im Detail drüber, wir haben die im Mai und im August gemacht und im August sind jetzt auch die, die mit hohen Einkommen ausgestattet sind, sagen jetzt zunehmend, ja, ich werde das schon einschränken, wie ich in Restaurants und Gaststätten gehe. Die mit weniger Geld schränken sich mehr ein, aber bislang sind die Besserverdienenden da so ein bisschen durchgelaufen und jetzt zeigt sich an, dass da doch was passiert.

Marco Herack:

Was wahrscheinlich daran liegt, dass sie jetzt so langsam merken, dass sie demnächst, wenn nicht sogar jetzt schon, so 500/600 Euro mehr für Gas ausgeben müssen im Monat und da denkt man dann doch schon, auch wenn man etwas mehr verdient, über seine Ausgabenpolitik so nach.

Sebastian Dullien:

Ja, ja genau. Also es gibt auch erstaunlich viele Haushalte mit jetzt höheren Einkommen, die am Ende des Monats nicht so viel übrig haben oder zumindest, was jetzt in der Statistik als höhere Einkommen auftritt. Wahrscheinlich in den sozialen Medien werden da viele Leute sagen, ach, das ist ja eigentlich gar kein hohes Einkommen. Also vierköpfige Familie, 5.000 Euro netto, das zählt dann oft in der Statistik schon als höhere Einkommen oder in den Umfragen, aber da tut es natürlich weh, wenn du 500 Euro mehr im Monat für Gas zahlen musst.

Marco Herack:

Was mir noch so als Lieblingsthema, glaube ich, der aktuellen Debatten aufgefallen ist, ist, dass es ein bundesweites ÖPNV-Ticket geben soll. Es sind nicht mehr 9 Euro, wurde ja auch schon angekündigt, aber man redet jetzt von irgendwas bei 49 Euro bis 69 Euro. Kann man jetzt, glaube ich, drüber streiten, weil die Unternehmen, die dieses ÖPNV betreiben, die müssen ja auch in ihre Netze und ihre Bahnen investieren und irgendwo her muss dieses Geld kommen.

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, ich würde die Diskussion ... ich hätte sie getrennt. Und zwar einerseits über das, was man mittelfristig gerne möchte für den öffentlichen Personennahverkehr und das, was man kurzfristig jetzt als Entlastungsmaßnahme

braucht. Und kurzfristig wäre als Entlastungsmaßnahme schon sehr sinnvoll gewesen, einfach jetzt das 9-Euro-Ticket zu verlängern und aber die Verkehrsunternehmen voll dafür zu kompensieren, damit sie weiter investieren können. Denn das 9-Euro-Ticket, da haben wir auch gesehen in unserem Inflationsmonitor zum Beispiel, das senkt relativ spürbar die Inflationsrate, so um 0,7 Prozentpunkte. Und das Interessante ist, dass damit insbesondere die Familien, die sonst massiv betroffen sind von der Inflation, entlastet werden. Diese Familie, haben wir im Inflationsmonitor häufiger drüber geredet, die 2.500 Euro oder so was hat, eine vierköpfige Familie, da drückt eben dieses 9-Euro-Ticket die Inflationsrate um 1 Prozentpunkt oder so was, so richtig deutlich, von deren Ausgaben. Und also die werden wirklich dadurch entlastet, weil das sind auch die Familien, die viel ÖPNV benutzen statistisch. Und da wäre es einfach gut gewesen, das noch mal einfach als Entlastungsmaßnahme und um die Inflation niedrig zu halten, das über den Winter beizubehalten. Also dieses 49- oder 69-Euro-Ticket für das ganze Bundesgebiet, das ist ja irgendwie schön und nett, aber die allermeisten Menschen benutzen normalerweise kein Ticket fürs ganze Bundesgebiet. Die meisten Leute haben, wenn dann ein Monatsticket für ihre Stadt oder ein Jobticket oder ein Schülerticket für die Stadt. Und bei diesen Ticketangeboten sind jetzt 49 Euro, 69 Euro nicht mehr so wahnsinnig eine Entlastung. Ich weiß jetzt gar nicht genau, ich lebe in Berlin, da kriegen ja meine Kinder ganz kostenfrei ihr Schülerticket, aber als wir das noch bezahlt haben, lag das da drunter.

Marco Herack:

Okay. Das heißt, das ist so eine ganz schwierige Kiste eigentlich. Klingt erst mal gut, ist so ein bisschen Marketing wahrscheinlich auch. Also Olaf Scholz hat das ja auch sehr hervorgehoben, um auch Progress in seinem Denken darzustellen, aber, tja, ist auch noch ein bisschen halbgar irgendwie, zumal wir ja auch gar nicht wissen, wo dann jetzt dieser Preis landet.

Sebastian Dullien:

Sagen wir mal so, das ist natürlich immer schön, es einfacher zu machen, den ÖPNV zu benutzen und die Bahn zu benutzen. Nur das ist halt nicht die dicke Entlastung. Also wenn man über ein Entlastungspaket redet, dann ist es nicht das, was da wirklich viel Wirkung zeigen wird.

Marco Herack:

Wenn du mal versuchst, so auf das ganze Ding zu gucken – weil ich glaube, über einzelne Maßnahmen kann man ja immer streiten – würdest du sagen, dass ist ein guter Wurf? Oder ist das aufgrund dieser fehlenden, weil ich weiß ja jetzt schon, was dich umtreibt aufgrund des fehlenden Gaspreisdeckels, in deinem Sinne dann doch eher vielleicht ein guter Anfang?

Sebastian Dullien:

Also ich würde sagen, es ist ein echt guter Anfang. Und insbesondere, wenn man sich überlegt, wie da vor ein paar Wochen noch drüber geredet worden ist, und wir sind halt jetzt da, wo wir ein Paket haben, was einerseits Haushaltsreste zusammenkehrt in einer Größenordnung von wahrscheinlich, ja, keine Ahnung 30 Milliarden, 32 Milliarden, sagen die Koalitionäre, das ist einfach schon ein wirksamer

Impuls – wenn er auch hätte größer sein können. Dann haben wir diese Strommarkteingriffe. Das kann auch, wenn es richtig gemacht wird, kann das wirksam sein. Und wir haben eigentlich diese Ankündigung, dass man über den Gaspreisdeckel noch mal reden will. Also sagen wir mal so, es ist eine gute Startposition. Man kann es jetzt aber noch auch ziemlich gut vermässeln.

Marco Herack:

Und du würdest definitiv sagen, dass der Staat da eher zupacken sollte beim Ausgleich der anfallenden Kosten über das Gas?

Sebastian Dullien:

Ja, auf jeden Fall. Also denn ich meine, die Frage ist ja, worum geht es hier. Es geht einmal darum, ein bisschen sozialen Frieden zu behalten im Land, auch insbesondere, müssen wir jetzt hier nicht länger ausführen, aber wenn man gerne möchte, dass die Bevölkerung auch die Unterstützung der Ukraine länger mitträgt und befürwortet, dann glaube ich, wäre es sehr hilfreich, nicht zu viele Leute in Zahlungsschwierigkeiten zu drücken über diesen Gaspreis. Denn in der öffentlichen Debatte ist, glaube ich, auch noch nicht angekommen, dass beim Gas nicht das Problem ist, dass wir ein Embargo gemacht haben, sondern dass das Problem ist, dass Russland das Gas abgedreht hat. Das ist natürlich so eine Sache, das kann jetzt auch sehr schön benutzt werden. Und insbesondere, ich meine, die meisten Menschen in unserem Land verlangen vom Staat und vom Sozialstaat, dass er sie gegen die großen Lebensrisiken absichert. Dafür haben wir auch die Sozialversicherungssysteme gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und gegen Alter. Und jetzt kommt also ein riesiger Schock und wenn man sagt, na ja, ist mir jetzt eigentlich egal, was damit hier passiert, das ist schon etwas, was das Potenzial hat, das demokratische System zu destabilisieren.

Also darum; ist die eine Seite, warum ich da unbedingt eingreifen würde. Und die zweite Seite ist, dass wir ja nicht wollen, für einen vorübergehenden Energiepreisschock, und das ist das, was wir größtenteils gerade sehen, also ein Teil davon mag vielleicht dauerhaft bleiben, aber wenn man sich so die Markterwartung für 2025 ansieht, dann werden die Energiepreise da aller Voraussicht nach viel, viel niedriger wieder sein. Und was wir nicht wollen, ist, dass für einen vorübergehenden Schock, ist auch von der ökonomischen Theorie her so, man schränkt sich da ... normalerweise probiert man dann diese Belastung möglichst weit auf das Leben zu verteilen und insgesamt ein bisschen weniger zu konsumieren.

Man versucht nicht, in einem Jahr das dann massivst runterzufahren und dann im nächsten Jahr wieder hochzufahren. Das ist was, was Leute normalerweise nicht besonders gerne mögen. Und das hat natürlich hier auch Dominoeffekte, wenn tatsächlich die ganzen Menschen aufhören, in die Gastronomie zu gehen oder nur noch halb so oft dahin gehen, da werden Unternehmen Einnahmen wegbrechen, da werden Unternehmen pleitegehen, da werden wir Arbeitslosigkeit haben. Und das ist genau das, was wir eigentlich in so einer Situation nicht auch noch brauchen. Und darum sollte aus meiner Sicht der Staat tatsächlich bei diesen Energiepreisen doch ordentlich entlasten.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke, Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann freuen wir uns natürlich, wenn ihr uns diese zusendet, zum Beispiel über systemrelevant@boeckler.de, also unsere E-Mailadresse oder auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Wenn ihr Twitter noch nutzt, könntet ihr auch Sebastian anschreiben [@SDullien](https://twitter.com/SDullien) ist sein Twitter Handle. Und ansonsten freuen wir uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören, euch eine schöne Zeit und bis bald. Tschüss.